



15. Europäischer Essaywettbewerb für Studentinnen und Studenten 2026

ausgerufen durch

Dr. Albert-Peter Rethmann, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde,
und Doc. Dr. Matěj Spurný, Präsident der Bernard-Bolzano-Gesellschaft.

Thema: „Universelle Menschenrechte – ein herrlicher Mythos aus Welt von gestern?“

2. Platz:

Lina Bouhrass. 22 Jahre, Studium: Integrierte Europastudien

Zwischen Besitz und Forderung

Martin Luther King Jr. beschrieb Ungerechtigkeit einst als etwas, das überall Gerechtigkeit bedrohe – als wären wir alle in einem einzigen moralischen Gefüge verbunden. Die universellen Menschenrechte beruhen auf dem gleichen Versprechen: dass Würde nicht territorial sein kann, dass Gleichheit nicht selektiv sein kann. Und doch hat das Wort „universell“ etwas seltsam Fragiles an sich. Es suggeriert Solidität, Beständigkeit, eine moralische Grundlage, die nicht widerrufen werden kann. Wenn man jedoch die Geschichte und Gegenwart der Menschenrechte genauer betrachtet, beginnt sich diese Solidität aufzulösen.

Universelle Menschenrechte beschreiben keine Welt, die existiert, sondern eine Welt, die existieren sollte. Sie schaffen keine Gleichheit, Freiheit oder Würde, sondern erklären sie lediglich. Sie schreiben ein Ideal in Gesetz fest und fordern die Realität auf, diesem zu folgen. Vielleicht liegt darin sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche.

Ich habe mich oft gefragt, was es bedeutet, dass die moderne Menschenrechtsordnung von Staaten kodifiziert wurde, die jahrhundertlang Imperien regiert, Kontinente aufgeteilt und die Welt nach Hierarchien der Ausbeutung organisiert hatten. Dieselben Mächte, die einst Anspruch auf Länder und Völker erhoben, erklärten später die Universalität der Menschenwürde. Es ist schwer, hier keine Spannung zu erkennen – einen historischen Bruch, der nicht vollständig überwunden werden kann. Man könnte sogar sagen, dass die Sprache der Menschenrechte einen Weg bot, in eine neue moralische Ordnung einzutreten, ohne die Strukturen der alten vollständig abzubauen.

Das ist der Grund, weshalb ich manchmal zögere, wenn Menschenrechte als Beweis für moralische Überlegenheit herangezogen werden. Die Europäische Union beispielsweise wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, weil sie einen Kontinent des Krieges in einen Raum der Zusammenarbeit verwandelt hat. Und doch betreibt dieselbe politische Ordnung Internierungseinrichtungen an ihren Außengrenzen und stellt die Steuerung der Migration größtenteils als eine Frage der Sicherheit dar. Dies als Heuchelei zu bezeichnen, erscheint mir zu einfach. Das europäische Projekt war nie frei von Macht. Es war immer auch eine Vereinbarung von Interessen. Die unbequeme Wahrheit könnte sein, dass Menschenrechte nie außerhalb politischer Kalküle existiert haben. Sie sind in diese eingebunden. Gerade deshalb bedeutet der Anspruch auf Universalität auch eine besondere Verantwortung – vor allem für jene politischen Ordnungen, die diesen Anspruch historisch formuliert haben. Doch die bloße Erklärung von Verantwortung verdient keine Anerkennung ohne Rechenschaft. Rechenschaft für die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Zukunft. Universalität ohne Verantwortlichkeit bleibt ein Versprechen ohne Konsequenz – und damit anfällig für Instrumentalisierung.

Wenn universelle Menschenrechte ein Ideal verkörpern, das in einer von Ungleichheit geprägten Welt ausgerufen wurde, dann waren sie stets auch ideologisch. Rechte verwalten Macht und sind in Institutionen eingebettet. Sie hängen von Staaten ab, die entscheiden, wann und wie sie angewendet werden. Sie können eingeschränkt, ausgesetzt, interpretiert und dadurch instrumentalisiert werden. Wenn Gewalt als Politik auftritt – als Grenzregulierung, als Bevölkerungsmanagement, als Sicherheitsgesetzgebung –, beginnt sie, die Maske der Legitimität zu tragen. In solchen Momenten scheinen die Menschenrechte ihre Bedeutung zu verlieren.

Und doch kann ich sie nicht aufgeben. Als Tochter von marokkanischen Einwanderern begegne ich universellen Menschenrechten nicht als philosophischer oder rechtlicher Abstraktion. Ich begegne ihnen als Anspruch. Sie sind die Sprache, mit der ich darauf bestehen kann, zu einer Gesellschaft zu gehören, die mir diesen Platz nicht immer freiwillig gewährt hat. Sie sind das Vokabular, mit dem ich fordern kann, dass Gleichheit mehr als nur symbolisch ist, dass Freiheit nicht von der Herkunft abhängt, dass Würde nicht an Bedingungen geknüpft ist. Für diejenigen, die Rechte nicht als selbstverständlich erleben, sind sie keine ererbten Gewissheiten, sondern hart erkämpfte Forderungen.

Das ist das Paradox, das sich nicht auflösen lässt: Menschenrechte sind ideologisch und genau aus diesem Grund können sie Widerstand leisten. Sie entstehen nicht außerhalb der Macht, sondern wirken in ihr. Da sie jedoch als universell kodifiziert sind, schaffen sie einen Maßstab, an dem sich die Macht rechtfertigen muss. Sie erzeugen eine Kluft zwischen Proklamation und Praxis. Aus dieser Kluft entspringt meine Kritik.

Demokratie überlebt nicht allein durch Stabilität. Sie überlebt und erblüht durch das Beharren darauf, dass die Gegenwart nicht die endgültige Form politischer Ordnung ist. Der Atem der Demokratie ist das Streben nach etwas Besserem.

In diesem Sinne waren universelle Menschenrechte nie ein Mythos einer verlorenen Vergangenheit. Sie waren immer als Mythos von morgen gedacht – als Projektion, die über die Bedingungen hinausweist, die sie hervorgebracht haben. Sie bescheinigen keine moralische Leistung, sondern enthüllen moralisches Versagen. Erst wenn sie zu festem Besitz erklärt werden, verlieren sie ihre störende Kraft und werden dekorativ. Bleiben sie jedoch Forderungen statt Besitz, behalten sie ihre rebellische, emanzipierende Kraft. Sie sollten nicht dazu dienen, die Geschichte zu entschuldigen oder zu verdecken, sondern diese zu konfrontieren.

Die universellen Menschenrechte entstanden in einer Welt, die noch von imperialer Macht durchdrungen war. Dennoch bleiben sie das einzige global verständliche System, durch das diejenigen

am Rande das Zentrum ansprechen können. Sie aufzugeben würde alte Machtnetzwerke nicht schwächen, sondern sie unangefochten lassen. Wenn Menschenrechte mehr als nur ein moralisches Vokabular bleiben sollen, müssen sie Gewalt und Ungerechtigkeit erkennen, bevor diese zum Spektakel werden. Dann, und nur dann, kann ihre Universalität von einer Erklärung zu einer Verantwortung werden.

Vielleicht sind universelle Menschenrechte ein Mythos. Aber sie werden niemals ein Mythos von gestern gewesen sein. Sie werden ein Versprechen bleiben, das auf morgen besteht – und solange sie gefordert und nicht besessen werden, atmen die Demokratie und mit ihr die Menschheit weiter.